

Dresdner Volkszeitung

Verleger: Dr. Paul
Raben & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Herausgeber: Dr. Arnold, Dresden.

Aboabonnementpreis einschließlich Bezugnahme monatlich 1.75 R. Durch die Post bezogen vierseitiglich 52 R. unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 8.00 R.

Telegramm-Adresse: Dresden Volkszeitung.

Redaktion: Weitzerweg 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Erschließung: Weitzerweg 10. Tel. 25261.
Schlafzettel von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Inseratenpreis: die 7 geplante Ausgabezeit 50 Pfennig, daraus 40 Prozent Zeitungsguthaben. — Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. — Für Briefanzeigungen werden 20 Pfennig erhoben.

Nr. 101.

Dresden, Sonntag den 4. Mai 1919.

30. Jahrg.

Niederlagen des Bolschewismus.

Die Budapester Meldungen der letzten Tage widersprechen einander ganz grauen Teil. Aber in ihrer Gesamtheit deuten sie nach offensichtlich darauf hin, daß der Zusammenbruch der ungarischen Rätewirtschaft nur noch die Kräfte weniger Tugend. Nachdem nach einer Weiber-Ratswahl die Unrechte bereits die Bedingungen aufgestellt hat, deren wichtigste die Absehung der Räte-Regierung und die Nachfolge durch ein demokratisches Regime ist, wird noch andere Verschieben der Kampf bis zum Ende aufgenommen werden.

Schon haben die Rumänen den Sogolnoker Brüderhof genommen und hier die Theiß überwunden. Die bei Sejó stehenden feindlichen ungarischen Kräfte sagen sich infolge der beiderseitigen Umgebungsbewegung der Truppen zurück. Dies wurde gesäumt. Vor dem Vormittag voriger Abend begannen die Disziplinlosigkeit eines großen Teiles der Sowjettruppen. Viele traten zunächst in den deutlichen Schwund des Central-Kreises und Soldatenrates von beiden Fronten Wisselung und Schießerei im Anschluß daran die Front ob Budapest aufzugeben werden sollte aber ob das Proletariat für seine Tötung bis zum letzten Blutströpfchen kämpfen wollte. Es erhielt legitimen Auftrag: „Kämpfen!“ Nun stimmte dem zu. Den Befehl über die bewaffneten Kräfte übernahm der Volkskommissar Joseph Schucht. In einem Aufruf an die Arbeiterschaft sagt er: Die Arbeiterschaft muß entschlossen und tödlichendig zur Vertreibung des sozialistischen Staates auftreten.

Wied der Kampf aufgenommen, dann ist auf jeden Fall die Karte am wenigsten davon betroffen. Da es hat der Befreiungskrieger Blask geschafft: ganze Divisionen sind zu den Rumänen übergegangen und kämpfen mit diesen gegen Ungarn.

Das kommunistische Regierungssystem Ungarns kapitulierte nicht vor dem Hunger, sondern es unterlag in der großen Hauptstadt dem anhaltenden Drude, den der von blauen Übern sich gleichzeitig entzündende Volkswille auslöste. Dabei nicht zuerst oder gelöscht werden darf, daß Ungarns Sowjet-Regierung mit mehr Rücksicht und Würde als diejenige München's arbeitete. — Dinge, die in München nebulös fehlten oder von Bohmien und verdecktem Nationalismus erfasst wurden.

Man kann mit Gewissheit annehmen, daß auch die Entente beim vorhandenen Sturz der Räte-Regierung im Spiele ist. Denn spätestens ist doch die Wandelung Ungarns zum Kommunismus entstanden aus einer Auseinandersetzung gegen ententepolitische Gewaltspolitik. Aber trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß sie sich nicht halten kann, weil sie nicht vom Volk gehalten wird, weil sie trocken ihrem nationalen Charakter brennend eine Diktatur darstellt, die der Gesamtstaat in dieser Form nicht ertragen kann.

Mit Budapest fällt nicht nur der Kommunismus in Ungarn, sondern der bolschewistische Gedanke überhaupt. Er fällt, weil er einer vernünftigen politischen Entwicklung überdrückt wird mit ihm heißt die Hoffnung der wenigen bolschewistischen Delegierten aufzunehmen: die Welt durch Besiedlung zu erneuern.

Ohne Zweifel bietet das Experiment „Ungarn“ dem sozialen Betrieb eine Fülle merkwürdiger Materialien. Zumal wird sich auch noch deutlicher als dem Gegenwartsmenschen der Zusammenhang offenbaren, der zwischen Budapest und München besteht. Ist auch die Form der Wissenschaftsregierung der Art und Weise, in der sie arbeitete, eine andere wie in Budapest, so ist doch der Gedanke, auf den sie sich stützt, der gleiche, und es müßte doch jedem beweisen, dass der sozialistische Gedanke zu beiden geben, doch der Bolschewismus weiter hier noch dort bestehen kann.

Budapest und München bedeuten eine entzündbare Wiebelage der bolschewistischen Weltrevolution. Die kommenden Ereignisse in Deutschland werden diese Wahrheit unterstreichen.

Fortsetzung der Münchner Straßenkämpfe.

München, 3. Mai. Die Straßenkämpfe in München, die nach den gestrigen Verichten auch noch mit unverminderter Stärke andauerten, sind seit heute weniger wieber im Gang. Unter Truppen sind im Vorbringen. Die Verluste auf unserer Seite sind gering. Einzelne tote Soldaten liegen in feier Weise auf dem Hinterhof. Selbst verdeckte bewaffnete Gruppen befinden sich am Kampf. Die Sparkassenleute an vielen Stellen bestreiten Widerstand. Die Eisenbahnschule München wurde besetzt. Die Sicherung der Eisenbahnschule ist auf höchste gestiegen. Engelsdorf wurde gesäumt. Das Stadion bis zum Stadionbahnhof ist plangemäß gefeuert. Die Sicherung der Gegenfront Dachauer Straße, Schleißheimer Straße, Gabelsbergerstraße, Giesing und der Gegend südlich vom Hauptbahnhof, wo noch Widerstand geleistet wird, ist im Gang. Nach Mittteilung des Generaloberstabs-Direktors Dr. Kraus und bei den bisherigen Kämpfen gefallen General Regel, ein Sohn des Generals Eichholz und ein Sohn des Oberleutnants Zahnheim. Der Kunstmarsch des Oberleutnants Ober am das Stadtpolitikum in Berlin konkurrenz: Der Kunstmarsch in München ist von allen Seiten plangemäß durchgeführt. Der Gegner leistet an vielen Stellen beständigen Widerstand. Im Außenbereich und südlich des Hauptbahnhofs noch nach gekämpft. Verluste mäßig.

München, 3. Mai. Die Gruppe Opp berichtet über den 2. Mai: In schweren Kämpfen wurde der hartnäckige spartakistische Widerstand in Münchner-Giesing gebrochen und der Vermögensrat über die Eisenbahnschule München-Giesing-Ostbahnhof an die Feuerwehr übergeben. Über die Feuer wurde das Kultusministerium erreicht. Mit der sozialistischen Entmischung und Sicherung Giesing, einer Hochburg des Spartakismus, ist begonnen worden. In eigenen Verlusten wurden bis jetzt drei Tote und zwei Verwundete gemeldet, um spartakistischen Verlusten 30 Tote. Die Zahl der Verwundeten und Gefangenen ist noch nicht festgestellt. Rechte Männergruppen und sozialistische Gewerbe wurden erbeutet.

Bomberg, 3. Mai. Endlich wird gemeldet: Drei Gruppen über die Stadt, darunter die Hochrechte, sind in München in den Händen der Republikaner. Das Justizgebäude und der Bahnhof ist nach Kämpfe um Eisenbahnschule durch Republikaner besetzt.

Auflösung des bayerischen Heeres.

Berlin, 3. Mai. Das U. T. meldet aus Bamberg: das bayerische Militärmuseum hat die befehlungsfähige Auflösung des alten bayerischen Heeres verfügt.

„Endgültig geregt...“

Berlin, 3. Mai. Die Verzögerung der Übereinkunft des Friedensvertrages ist laut Wahr angängig auf Redaktionsschwierigkeiten auszuführen. Dennoch ist das wirtschaftspolitische Regime des linken Reichsministers auch noch nicht festgelegt. Obwohl der Pariser Friede, das territoriale Status Deutschland's geltend von Clemenceau, Lloyd George und Wilson endgültig geregelt wurde. Deutschland muß verzichten seine Macht wiederherstellen, indem es seine Grenzen in Mittel- und Osteuropa aufhebt. Der Drang nach Osten soll durch die geltend angenommene Annexion endgültig unmöglich werden. Beide Ostpreuß, dessen Vertreter bestreit nach Paris berufen werden, wurde festgelegt, daß es unter der Regie des Völkerbundes eine neutrale Republik werden muss mit dem Verbot, sich mit Deutschland zu verbünden oder sich diesem anzugehören. Weiter nahm der Dreierat Bestimmungen über Elsass-Lothringen an, das einschließlich der Eisenbahnen in französischer Hülle übergeht. Die Beziehungen Elsass-Lothringens zu Deutschland, ferner das Statut Bürgenland's, dessen gesetzliche Beziehungen zu Deutschland gelöst werden, und auch die Abteilung wurden gestellt durch den Dreierat und Außenminister getragen.

Vereinschaft der Nationalversammlung.

Berlin, 3. Mai. Der Präsident der Nationalversammlung, Schreyer, hat an die Mitglieder der Nationalversammlung folgende Deputate gerichtet: Die Sitzung der Nationalversammlung Dienstag den 8. Mai fällt aus, ebenso alle Sitzungsitzungen. Der Ernst der Verhältnisse verlangt, daß sich alle Mitglieder vom 7. Mai an gut fortwährend vorübergehenden Einberufung nach Berlin bereithalten. Ferner ist die Sitzung des Haushaltsausschusses, die in Weimar stattfinden sollte, für Mittwoch den 7. Mai, vorzeitig 10 Uhr, nach Berlin, Wilhelmstraße 74, verlegt worden.

Zur Rettung Deutschlands.

Wien, 3. Mai. (Amtlich). Der Kabinettssitz führte in der gestrigen Sitzung folgenden Beschluss: Der Präsident der Vereinigten Staaten bat dem italienischen Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß er den Londoner Vertrag hinsichtlich der Abgrenzung zwischen Italien und Deutschland, also der Konvention Deutschösterreich annimmt. Demgegenüber erklärt die deutschösterreichische Regierung: Die Witterung des Präsidenten der Vereinigten Staaten ist unvereinbar mit jenen demokratischen Grundlagen, auf Grund denen der Kampf eingestellt und der Waffenstillstand geschlossen worden ist. Die Annexion eines reichsdeutschen Landes durch Italien läßt sich nicht rechtfertigen, weil noch dem unverzüglichen Grundlage, den der Präsident in seiner Rede am Grade Washington am 4. Juli 1918 ausgesprochen hatte, die Entscheidung aller Fragen auf der Grundlage der freien Annahme dieser Regelung durch das Volk erfolgen soll, das unmittelbar dabei betroffen ist. Trotzdem aber hat die deutschösterreichische Regierung schon vor längerer Zeit der italienischen Regierung vorgeschlagen, daß Deutschösterreich zwar haftetlich und wirtschaftlich ein Bestandteil Deutschösterreichs bleiben, militärisch aber in solider Weise neutralisiert werden sollte, daß die strategischen Interessen Italiens dadurch wenigstens in gleicher Weise gewahrt werden, wie durch eine Annexion des Gebietes bis zum Brenner. Die deutschösterreichische Regierung steht fest, daß dieser fayläufig ausgearbeitete Vorschlag von Italien und seinem Verbündeten niemals beanwortet wurde. Wenn Deutschösterreich an Italien fällt, bleibt von Tirol nur ein schmales Streifen übrig, der dann ganz unverzüglich unmittelbar an das Deutsche Reich fallen könnte. Deutschösterreich würde daher nicht nur Deutschösterreich, sondern ganz Tirol verlieren.

Es würde abermals eines seiner Kinder beraubt und würde im Westen an das Deutsche Reich grenzen. Damit würde die Römerstadt Deutschösterreich, als selbständiger Staat zu bestehen, abermals wesentlich beeinträchtigt. Deutschösterreich wäre in noch höherem Maße als bisher zum Anschluß an das Deutsche Reich gezwungen.

Hohe Steuern.

Eine unangenehme Überraschung wird es jetzt für beide sein, wenn ihnen ein Steuerzettel ins Haus liegt. Der eine bedeutend höhere Summe aufweist als der vorjährige. Die Höhe der Steuern macht natürlich rein automatisch mit dem erhöhten Einkommen, daß jetzt auch die Arbeiter infolge des Steigens aller Preise haben müssen. Nun ist freilich mit der Erhöhung des Einkommens für den Arbeiter seine höhere Leistungsfähigkeit verbunden, da die Sozialversicherungen meistens hinter der Versteuerung der Lebensmittel zurückgeblieben sind. Deswegen würde die Erhöhung der Steuern, die mit der Einkommensvermehrung verbunden ist, allein schon als eine schwere Last empfunden werden.

Nun sind die Steuern nicht nur entsprechend der Einkommenszunahme höher geworden, sondern Staat und Gemeinde haben vielfach die Steuern bedeutend erhöhen müssen. Darüber kann sich eigentlich niemand wundern, der sich bewußt ist, welche ungeheure Verluste Deutschland durch den Krieg und die Niederlage erlitten hat. Die Aufwendungen, die Staat und Gemeinde durch den Krieg und die Demobilisation ertragen sind, sind ungeheuer. Nun denkt man die Familienunterstützungen, an die Baukostenzuflüsse, die bezahlt werden müssen, wenn überbaut ein Wohngebäude möglich sein soll. Selbstverständlich sind auch durch die Zenerierung die Kosten von Staat und Gemeinde gewachsen. Aller Staatsbedarf muss viel teurer bezahlt werden als früher. Jedes Stück Papier, das gekauft werden muss, kostet das Vielfache des früheren Preises. Die Löhne und Gehälter der Beamten, Staats- und Gemeindebeamter haben bedeutend erhöht werden müssen. In vielen Gemeinden Sachsen sind auf dem Gebiet des Schulwesens bedeutende Verbesserungen durchgeführt worden, die einfache Volksschule ist durch die mittlere Volksschule ersetzt worden, was die Einstellung einer größeren Anzahl von Lehrern notwendig machte.

Auf der andern Seite sind die Staatseinnahmen vielfach auch bedeutend zurückgegangen. Die Überraschung der Eisenbahnen haben sich infolge des Streiks der Unlosten und der durch den Lokomotivengel bedingten Verminderung des Verkehrs in ein Defizit verfallen. Infolgedessen ist der Steuerbedarf des Staates und der Gemeinden ganz ungemein gestiegen, so daß die Regierungen versuchen müssen, die Einnahmen aus den Steuern zu erhöhen.

Über könnten nicht Staat und Gemeinde die notwendigen Mittel aus den Taschen der Reichen nehmen? Natürlich sind bereits bedeutende Steuererhöhungen für die hohen Einkommen erfolgt. Über 600 000 M. Einkommen hat, der muss in Sachsen allein 35 Proz. Staatseinkommenssteuer bezahlen. Da dann die jetzt vielleicht stark erhöhten Gemeinde- und Schäftssteuern kommen, und Deute mit einem beträchtlichen Einkommen gewöhnlich auch eine hohe Vermögenssteuer zahlen müssen, so wird ein Mann, der in der plädierten Lage ist, ein beträchtliches Vermögen zu haben, fast über 1000 M.

Gäste an Staat und Gemeinde abgeben müssen. Weitere Steuern, die die hohen Einkommen und Vermögen treffen werden, stehen in Aussicht. Es ist zunächst von der Reichsregierung eine zehnprozentige Kapitalerlösesteuer geplant. Außerdem wird noch eine Vermögensabgabe kommen. Die Vorlegung neuer, bedeutender Kriegssteuerneuungen ist bereits vorgesehen. Bedauerlich ist freilich, daß die Vermögensabgabe noch nicht unter 200 000 M. steht, weil sie gemacht werden, wie durch eine Annexion des Gebietes bis zum Brenner. Die deutschösterreichische Regierung steht fest, daß dieser fayläufig ausgearbeitete Vorschlag von Italien und seinem Verbündeten niemals beanwortet wurde. Wenn Deutschösterreich an Italien fällt, bleibt von Tirol nur ein schmales Streifen übrig, der dann ganz unverzüglich unmittelbar an das Deutsche Reich fallen könnte. Deutschösterreich würde daher nicht nur Deutschösterreich, sondern ganz Tirol verlieren.

Um dem Regierungsrat Martin wird in einem vor kurzem erschienenen Buche, das den Titel Die soziale Revolution führt, vorgeschlagen, alle Vermögen, soweit sie über 100 000 M. hinausgehen, zugunsten des Reichs zu konfiszieren, wobei allerdings den bisherigen Besitzern eine Rente als Entschädigung gesetzt werden soll. Wer hält den Vorschlag nicht für gerecht? Das Reich würde dadurch Vermögen von 1 Million hat, durch die Vermögensabgabe auf einmal 200 000 Mark, so wird man ihm möglicherweise dadurch völlig ruinieren, weil gerade diese 250 000 M. sein Betriebskapital bilden, während die übrigen Teile seines Vermögens in Fabrikgebäuden, Waldungen usw. angelegt sind. Deswegen ist für das Geley über die Vermögensabgabe gewiß eine sehr langwellige Durcharbeitung notwendig, damit nicht ungewollte Störungen unseres so kleinen geschäftigen Wirtschaftslebens verhindert werden. Aber trotzdem hätte es unsrer Kritik noch in der Zeit seit dem November 1918 möglich sein müssen, das Geley über die Vermögensabgabe fertigzustellen und von der Nationalversammlung annehmen zu lassen, da an jedem Tag, den es später herauskommt, dem Reich recht beträchtliche Summen entzogen werden.

Vor dem Regierungsrat Martin wird in einem vor kurzem erschienenen Buche, das den Titel Die soziale Revolution führt, vorgeschlagen, alle Vermögen, soweit sie über 100 000 M. hinausgehen, zugunsten des Reichs zu konfiszieren, wobei allerdings den bisherigen Besitzern eine Rente als Entschädigung gesetzt werden soll. Wer hält den Vorschlag nicht für gerecht? Das Reich würde dadurch Betriebe und Wirtschaft von vielen Tausenden der verschiedensten Betriebe und würde damit vor kaum lösbaren Verwaltungsaufgaben stehen. Freilich das Leben wie nicht ein, warum es jetzt in Deutschland noch Deute geben muss, die über Hunderte von Millionen verfügen. Die Riesenbetriebe von etwa 2-3 Millionen an sollen enteignet werden, und zwar ohne Entschädigung. Dabei würden sich unüberwindliche Schwierigkeiten nicht ergeben, denn dann hätte das Reich ganze Waldungen, größere Güter usw. zu übernehmen, was leicht durchführbar wäre, und würde bei vielen Unternehmungen einfach an die Stelle der bisherigen privaten kapitalistischen Elitentypen treten. Die Firma Krupp zum Beispiel könnte genau in denselben Weise weiter arbeiten wie bisher, wenn der größte Teil des Aktienstoffs im Besitz der Komitee Krupp im Besitz des Deutschen Reiches wäre. Also es ist zweifellos noch viel aus den großen Vermögen und Einkommen herauszuholen, und durch eine Enteignung der Riesenbetriebe wieder mit der Sozialisierung der Volkswirtschaft ein neues Bild zu zaubern. Das